

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrten Damen und Herren!

Ein Für und Wider des Afghanistaneinsatzes zu diskutieren ist weder Aufgabe des Sächsischen Landtages noch besonders gewinnreich, denn die Positionen der politischen Parteien sind zuletzt in der Bundestagsdebatte – wo dieses Thema hingehört – ausreichend erörtert worden.

Sowohl der Argumentation der Befürworter des Einsatzes als auch der Begründung derer, die einen sofortigen Abzug der Truppen fordern, liegt ein nachvollziehbares Verständnis der Politik zugrunde, das Max Weber einst in Gesinnungsethik und Verantwortungsethik unterschieden hat. Die Verantwortungsethik beschreibt ein Handeln, dessen Ergebnis wichtiger ist als das Motiv. Gesinnungsethikern hingegen ist das reine Motiv des ethischen Handelns wichtiger als das Resultat. Der hier vorliegenden Initiative der NPD-Fraktion liegen allerdings weder gesinnungsethische noch verantwortungsethische Motiv zugrunde.

Ein Gesinnungsethiker, so meinte Max Weber, eigne sich zum Heiligen, ein Verantwortungsethiker zum Politiker. Für beides stellt die NPD kein Personal zur Verfügung.

Der Pazifismus der Linken ist ihr ebenso fremd wie ein Bekenntnis zu den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung oder etwa ein ernsthaftes Interesse und Verantwortungsbewusstsein für die menschenrechtliche Situation in anderen Ländern. Ihre Veröffentlichungen, in denen sie vor einer Niederlage der Deutschen in Afghanistan warnt, atmen den Geist eines großenwahnsinnigen nationalistischen Deutschlands, das längst und aus gutem Grund untergegangen ist.

Ist man sich innerhalb der demokratischen Fraktionen auch uneins über die Ausübung des Mandats in Afghanistan, so herrscht doch Einigkeit darin, wenn es darum geht, die Initiative der NPD-Fraktion zu diesem Thema zu bewerten. Sie ist genauso durchsichtig wie primitiv. Sie basiert auf der Angst – ich zitiere aus einer Pressemitteilung der NPD – „dass mit Afghanistan ein neues Trauma für deutsche Soldaten geschaffen wird,

nachdem Deutschland bereits zwei Weltkriege verloren hat“. Damit zeigt uns die NPD zweierlei: zum einen, dass sie den Einsatz der deutschen Soldaten in Afghanistan in seinem Wesen in keiner Weise begriffen hat, und zum anderen, dass sie das Leben der deutschen Soldaten über das Leben anderer Menschen stellt, denn wo blieb ihr Aufschrei, als es erstmals zivile Opfer in Afghanistan zu beklagen galt?

Wir, die demokratischen Fraktionen im Sächsischen Landtag, betrauern natürlich sächsische deutsche Soldaten, aber unser Mitgefühl gilt gleichermaßen den Familien und Angehörigen der Opfer der Zivilbevölkerung in Afghanistan.

Die NPD-Fraktion stellt diesen Antrag nicht, weil sie gegen den Krieg ist. Sie bemüht sich noch nicht einmal, ihre zutiefst antihumanistischen Beweggründe zu verbergen. Doch eines sollte den Rechtsextremisten im Parlament klar sein: Die Deutschen sind nicht für einen deutschen Sieg in Afghanistan. Es geht vielmehr darum, die afghanische Regierung auf ihrem Weg in Eigenverantwortung, Freiheit und Unabhängigkeit zu unterstützen und ihr beim Aufbau demokratischer Strukturen zu helfen. Eine Etablierung demokratischer Strukturen war auch in Deutschland nach 1945 notwendig und nicht ohne Unterstützung anderer Länder möglich. Weshalb es überhaupt so weit kommen musste, hat die Mehrheit der Menschen in Deutschland nicht vergessen. Genau deshalb wird die NPD-Fraktion mit solchen und anderen Initiativen nicht in diesem Hause und auch nirgendwo sonst erfolgreich sein.